



STANDPUNKT

## Klimamassnahmen im Verkehr

focus 2/21

März



**Peter de Haan**

Leiter Ressourcen, Energie und Klima bei EBP, Autor der Studie «Handlungsspielräume der Städte für eine klimaneutrale Mobilität».

Die Schweizer Klimastrategie sieht netto null Emissionen bis 2050 vor. Dieses Ziel ist ehrgeizig. Auf Bundesebene sind die politischen Instrumente dafür noch nicht alle beschlossen, aber das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz ist als gute Grundlage dafür angelegt. Kantone, Städte und Gemeinden müssen diese Ziele ebenfalls mittragen und Massnahmen lancieren, um diese zu erreichen.

Für den Verkehr, der für 40 Prozent des Kohlendioxidausstosses in der Schweiz verantwortlich ist, stellen sich dadurch besondere Herausforderungen. Erstens müssen und wollen Menschen mobil sein – für ihre Arbeit, ihre Ausbildung, Einkäufe, Freizeit-erlebnisse sowie für den sozialen und kulturellen Austausch. Die Grenzen zwischen sinnvoller Basismobilität und schädlicher Übermobilität sind dabei nicht nur fliessend, sondern sehr subjektiv. Zweitens gehören aus Sicht der Treibhausgasinventare auch Baumaschinen, Land- und Forstwirtschaft, mobile Maschinen, Garten- und Hobbywerkzeuge dazu.

Um das langfristige Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, ist ein Umdenken beim Priorisieren der Massnahmen nötig. Die Massnahmen müssen neben der Emissions-

reduktion auch danach bewertet werden, ob sie in anderen Zieldimensionen, etwa bezüglich Lärm, Luftschadstoffen, Flächenbedarf, Sicherheit, Zerschneidung der Landschaft oder urbaner Qualität günstig sind oder nicht. Für ambitionierte Klimaziele sind prioritäre Ansätze zu wählen, die den übrigen Dimensionen dienen oder zumindest nicht schaden. Synergien sind zu nutzen: Massnahmen mit eher kleiner Klimawirkung können sinnvoll sein, weil sie in den anderen Dimensionen positive Wirkungen entfalten. Umgekehrt ist zu vermeiden, dass Zielkonflikte auftreten, indem Massnahmen mit per se grosser Klimawirkung anderweitig negative Folgen zeitigen.

Es reicht nicht mehr aus, für jede Massnahme einzeln aufgrund des Kosten-Nutzen-Verhältnisses oder der Akzeptanz zu entscheiden, ob sie umgesetzt werden soll oder nicht. Gefragt ist eine systemische Betrachtungsweise. Beispielsweise ist die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an energie- und platzsparende Mobilitätsformen wie den Fuss- und Veloverkehr eine Voraussetzung dafür, damit diese attraktiver werden. Und es braucht zuerst Ladeinfrastruktur, bevor Elektroautos sich im Massenmarkt durchsetzen können. Schliesslich reicht es nicht aus, einmalig Massnahmen zu beschliessen. Ihre Wirkungen sind periodisch zu überprüfen, und falls nötig sind Anpassungen vorzunehmen.

**Studie Handlungsspielräume der Städte für eine klimaneutrale Mobilität auf der Website der Städtekonferenz Mobilität**

### Liebe Leserin, lieber Leser

Klimawandel, Klimakrise, Klimastreik – das Klima ist ein Dauerbrenner in der Öffentlichkeit und in der politischen Arena. Die Schweiz hat das Abkommen von Paris ratifiziert und sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 vollkommen klimaneutral zu werden. Somit ist klar: Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss muss massiv reduziert werden.

So führt kein Weg daran vorbei, die Emissionen im Verkehr deutlich zu senken und eine klimaneutrale Mobilität anzustreben. Der Verkehr ist für 40 Prozent des gesamten CO<sub>2</sub>-Ausstosses der Schweiz verantwortlich. Die Städtekonferenz Mobilität hat deshalb eine Studie erstellen lassen, die Handlungsspielräume der Städte zur Emissionsreduktion aufzeigt, die in dieser Ausgabe des «focus» näher beleuchtet werden. Klar ist: Es gibt keine einfachen Lösungen. Die Städte gehen jedoch voran und haben bereits für viele innovative Lösungsansätze gesorgt. Dies zeigt auch das Beispiel aus Basel.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

### Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

## INTERVIEW

## «Ab 2050 sind keine fossil betriebene Fahrzeuge mehr erlaubt»



**Beat Jans**  
Regierungspräsident Basel-Stadt

Beat Jans ist im November 2020 als Regierungspräsident in die Regierung von Basel-Stadt gewählt worden und steht dem Präsidialdepartement vor. Zuvor sass er während 10 Jahren im Nationalrat und dort in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie.

Beat Jans ist Umweltnaturwissenschaftler und war beruflich unter anderem für Pro Natura und als selbstständiger Berater im Bereich Nachhaltigkeit und Kommunikation tätig.

**Welchen Stellenwert haben für Sie die Bestrebungen, eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen?**

Einen sehr grossen Stellenwert! Denn damit wir insgesamt klimaneutral werden, muss auch die Mobilität ihren Beitrag leisten. Dazu ist es wichtig, Mobilität im Gesamtkontext zu betrachten. Unser Mobilitätsverhalten ist verbunden mit unseren Lebens- und Arbeitsmodellen und verknüpft mit anderen Bereichen unseres städtischen Lebens.

**Welche Ziele und welchen Zeithorizont verfolgt Basel, um Emissionen bei der Mobilität zu senken?**

Wir haben einen Volksentscheid, dass bis 2050 ausschliesslich emissionsarme, klima- und ressourcenschonende Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten in Basel verkehren – das heisst, ab 2050 werden keine fossil betriebenen Fahrzeuge mehr erlaubt sein. Die künftige Mobilitätsstrategie «Basel unterwegs – klimafreundlich ans Ziel» zeigt auf, welche laufenden und neuen Massnahmen dazu notwendig sind. Gleichzeitig arbeiten wir in allen Politikbereichen an Lösungen, welche auf verschiedenen Ebenen unsere Mobilität beeinflussen. Eine integrale und ressourcenschonende Stadtentwicklung ist eine, die kurze Wege zum Ziel hat. Arbeiten, wohnen, einkaufen sowie Freizeit sollen nahe beieinander liegen. Denn das spart Verkehr.

**Wie soll das konkret geschehen?**

In Basel-Stadt sind im letzten Jahrzehnt 20'000 neue Arbeitsplätze entstanden. In die Stadt gezogen sind aber nur 10'000 Menschen. Das Ziel ist es, diese Lücke kleiner zu machen, sprich, entsprechend der Zunahme von Arbeitsplätzen Wohnraum zu schaffen. Mit den Transformationsarealen verfügt Basel über ein Wachstumspotential, das nachhaltig genutzt werden soll.

Zu den zahlreichen Herausforderungen auf diesem Weg gehört die Mobilität. Kurze Wege sind das eine, ein intelligenter Mix an verschiedenen Verkehrsträgern das andere. Die Trams in Basel fahren bereits seit 2009 mit 100% erneuerbarer Energie. Bis 2027 werden wir auch die Busflotte auf E-Busse umstellen, so dass der gesamte ÖV mit 100% erneuerbarer Energie betrieben wird. Aufgrund der wachsenden Menge der Warentransporte sind auch in der Logistik zunehmend innovative Ansätze für eine möglichst ökologische Abwicklung gefragt. Da neue Formen der Zusammenarbeit und des Teilens an Bedeutung gewinnen, ist z.B. beispielsweise eine digitale Plattform geplant.

**Inwiefern stimmen Sie sich dabei mit Ihren Nachbarkantonen und -ländern ab?**

Wir können unsere Kernstadt nicht unabhängig von der Agglomeration betrachten. Darum ist es wichtig, dass wir mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten, um den

ÖV weiter auszubauen. Da ist in den vergangenen Jahrzehnten viel geschehen, u.a. mit dem Tarifverbund Nordwestschweiz, der mit einem einzigen Abonnement genutzt werden kann. Dieses ist seit auch für Fahrten über die Landesgrenze nach St. Louis und Weil am Rhein gültig. Doch sollte es, um die Zentrumsfunktion Basels ideal zu nutzen, auch Olten einschliessen.

**Wo sehen Sie die grössten Herausforderungen?**

Die grosse Herausforderung sehe ich darin, neue Lebens- und Arbeitsmodelle und neue Konsum- und Produktionsmuster zu entwickeln, um insgesamt klimaneutral zu werden, auch in der Mobilität. Dies ist verbunden mit einem gesellschaftlichen Prozess.

**Ist die klimaneutrale Mobilität in der Bevölkerung akzeptiert?**

Die Basler Stimmbevölkerung hat einem emissionsarmen, klima- und ressourcenschonenden Verkehr bis 2050 zugestimmt. Basel hat zudem als erste Schweizer Stadt den Klimanotstand ausgerufen. Der Grosse Rat hat eine Spezialkommission Klimaschutz eingerichtet. Klimaschutz ist in Basel auf der politischen Agenda gesetzt. Deshalb steht für mich die Bewerbung für den European Green Capital Award stark im Vordergrund, der als eine Art Königsprozess alle Bestrebungen im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz bündelt.

## THEMA

## Fünf Ansätze für einen klimaneutralen Verkehr

**Die «Mobilitätswende» hin zu einem Verkehr, der keine Belastung mehr ist für das Klima, ist ein anspruchsvolles Unterfangen. Dafür gibt es nicht einen einzigen Hebel, sondern mehrere Werkzeuge, die in geeignet einzusetzen und aufeinander abzustimmen sind. Ein wesentlicher Faktor beim Setzen von Prioritäten ist die Flächeneffizienz.**



**Adrian Borgula**  
Stadtrat Luzern,  
Präsident Städtekonferenz  
Mobilität

Bund, Kantone und Gemeinden sind enorm gefordert, Wege zu finden, um den Ausstoss von Treibhausgasen möglichst schnell auf null zu bringen. Der Beitrag der Mobilität zu diesem gewaltigen Unterfangen wurde in den letzten Jahren oft zu wenig gewichtet, und teilweise ist das auch heute noch der Fall. Mit der Studie «Städtische Handlungsfelder für eine klimaneutrale Mobilität» hält die Städtekonferenz Mobilität hier dagegen. Sie hat dafür die Ausgangslage aufgearbeitet und zeigt Möglichkeiten auf, wie sich dem begegnen lässt.

Die Studie enthält nicht weniger als elf verschiedene Stossrichtungen und 47 Handlungsfelder, die dazu beitragen können, den Verkehr von jeglichem Kohlendioxid-Ausstoss zu befreien. Im Grundsatz lassen sich fünf Ansätze unterscheiden, die idealerweise intelligent zusammenwirken: erstens das Vermeiden von Verkehr und Verkürzen der Strecken; zweitens das Verlagern auf emissionsarme, siedlungsverträgliche Verkehrsträger; drittens das Verbessern der Antriebe; viertens das kluge Vernetzen der Mobilitätsangebote. Und fünftens die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand gegenüber Bevölkerung und Wirtschaft - eine Funktion, die etwa mit der Beschaffung von elektrisch angetriebenen Kehrtraktoren an Fahrt aufnimmt.

### Hilfe durch Siedlungsentwicklung nach innen

Was es heisst, Verkehr zu vermeiden, haben alle, die im Homeoffice arbeiten können, in der Corona-Krise drastisch erfahren. Und auch jene, die für ihre Ferien gerne weit über die Landesgrenzen reisen, waren angehalten, ihren Radius zu reduzieren. Wenn wir

daraus die praktische Erfahrung mitnehmen, dass wir unser Leben auch mit weniger Pendeln und mehr Freizeit in der Nähe führen können, ist bereits etwas gewonnen. Beim Verlagern auf emissionsarme Verkehrsträger hilft uns die Siedlungsentwicklung nach innen. Schweizer Städte waren schon Städte der kurzen Wege, bevor dieser Begriff jüngst in Mode gekommen ist, und sie sind es nach wie vor. Indem nun auch die Agglomerationen baulich dichter und für die Nahversorgung attraktiver werden, steigt die Attraktivität des zu Fuss Gehens, des Velofahrens sowie von Bahn, Tram und Bus auch dort.

### Weniger Raum ist gefragt

Umgekehrt bedingen grössere Dichten an Menschen und Bauten auch eine möglichst flächeneffiziente Abwicklung der Mobilität. Und hier haben wiederum die genannten emissionsarmen Fortbewegungsarten die Nase vorne. Abgesehen davon: Wir müssen nicht nur dafür sorgen, dass Verkehrsmittel unsere Luft nicht mehr verschmutzen, sondern auch dafür, dass unsere Mobilität weniger Raum in Anspruch nimmt. So wie gemäss dem Bundesamt für Statistik heute rund 40 Prozent des Kohlendioxidausstosses in der Schweiz auf das Konto des Verkehrs gehen, so nehmen die Verkehrsflächen (Abstellflächen inklusive!) heute einen Drittel der Siedlungsfläche in Anspruch.

**«Die Verkehrsfläche nimmt einen Drittel der Siedlungsfläche in Anspruch.»**

Flächeneffiziente Verkehrssysteme erlauben es, die geeignete Verteilung des öffentlichen Raums zu überprüfen und in den verdichteten urbanen Gebieten Flächen zu verbessern und zu gewinnen für eine erhöhte Aufenthaltsqualität, mehr Biodiversität und verbesserte Klimaanpassung.

Auch die Verbesserung der Antriebe, will heissen: die Elektrifizierung des Strassenverkehrs ist ein Gebot der Stunde. Der Wan-

del hin zu durchwegs elektrifizierten Personen- und Lastwagen sollte auch mit einem konzeptionellen Sprung verbunden werden, wie es das ein SKM-Positionspapier von 2017 fordert. Elektrisch angetriebene Autos sollen vermehrt geteilte Autos sein, Autos auch, die nicht mehr vorwiegend Stehzeuge sind sondern dem Namen Fahrzeug wieder gerecht werden. Der Erfolg der Elektromobilität bedingt nicht nur elektrische Fahrzeuge, sondern auch Ladestationen, die wie bei den Tankstellen primär im privaten Raum anzustreben sind. Gemäss der SKM-Studie würde ein «Recht auf Steckdose» bei Mietverträgen für Parkplätze die grösste Wirkung erzielen.

### Zuerst Vermeidung und Verlagerung

Bei aller Komplexität - unter dem Strich macht die Studie zu den städtischen Handlungsfeldern für eine klimaneutrale Mobilität eine kompakte Aussage zu den richtigen Prioritäten in den Städten: «In Anbetracht der aktuell stattfindenden Innenverdichtung schwindet der Platz für Verkehrsmittel, in denen eine einzige mobile Person dutzende Quadratmeter Strasse braucht. Individuelle Elektroautos sind deshalb gerade für Städte ausser für den Gewerbe- und Güterverkehr oft nur eine Teillösung, der Zielkonflikt zur Flächeneffizienz ist oft gross. Deshalb sollten an erster Stelle die Vermeidung und Verlagerung und sekundär der Einsatz von erneuerbaren Antrieben erfolgen.»

### SKM-Frühlingsforum zur Zukunft des öffentlichen Verkehrs in den Städten

Nicht erst seit der Corona-Krise sieht sich der klassische öffentliche Linienverkehr Veränderungen gegenüber. In den Städten finden sich neue Mobilitätsangebote, wie Miet-Velos oder Miet-Trottinette, und die Digitalisierung vereinfacht Transportketten aus verschiedenen Fortbewegungsarten. Was heisst das für die Zukunft von Bus und Tram? Wie lassen sich die klassischen und die neuen Verkehrsmittel intelligent kombinieren und den jeweiligen Siedlungsstrukturen anpassen? Und welche Rolle spielen dabei die Städte? Am Frühlingsforum-Webinar der Städtekonferenz am 20. April äussern sich kompetente Referentinnen und Referenten zu diesen Fragen und möglichen Antworten darauf. Detailliertes Programm und Registrierung bis am 4. April unter [www.skm-cvm.ch](http://www.skm-cvm.ch).

## POLITIK

## Rückblick auf die Frühjahrssession

Die Frühjahrssession ist erneut unter dem Zeichen von Corona gestanden. Es wurde intensiv um die Anpassung des Covid-19-Gesetzes sowie weitere Covid-Vorstösse gerungen. Die Anliegen der Städte wurden nicht immer berücksichtigt. Der Städteverband begrüsst aber die Verabschiedung des angepassten Covid-19-Gesetzes und des Kredites für die Wohnraumbeförderung.

### Pandemiebewältigung

Nach intensiven Debatten und grosser Uneinigkeit zwischen den Räten hat sich in der Einigungskonferenz zum Covid-19-Gesetz der Ständerat weitgehend durchgesetzt. Zahlreiche Mittelserhöhungen des Nationalrates fanden somit keinen Eingang ins Gesetz. Zur Unterstützung von Härtefällen stehen nun etwas mehr als 10 Milliarden Franken zur Verfügung. Abgesagte Festivals, Messen und weitere Publikumsanlässe will das Parlament zusätzlich unterstützen. Die Revision ist bereits in Kraft treten. Der Städteverband begrüsst die Hilfen für die notleidenden Branchen.

Er bedauert jedoch die Ablehnung einer Motion von Marina Carobbio (SP/TI), welche zusätzliche Massnahmen vorsah, um das Risiko von Armut und der Abhängigkeit von der Sozialhilfe in der Pandemie zu verringern. Somit bleibt die Gefahr bestehen, dass die Sozialhilfe als letztes soziales Auffangnetz überlastet und damit die Kantone, Städte und Gemeinden belastet werden.

### Trinkwasserschutz

Das Parlament hat eine Vorlage angenommen, mit der die Risiken für das Trinkwasser durch Pestizide verringert werden sollen. Formell ist der Gesetzesentwurf zwar kein indirekter Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative und zur Pestizidverbots-Initiative, er soll den beiden Volksbegehren aber den Wind aus den Segeln nehmen. Allerdings wurde die ursprüngliche Vorlage im Parlament stark verwässert, sodass sie nicht mehr als ein erster Ansatz für einen verbesserten Trinkwasserschutz darstellt.

Ein ähnlicher Vorstoss von Beat Jans wurde zudem vom Ständerat abgelehnt. Vom Nationalrat angenommen wurde hingegen eine Motion von Roberto Zanetti zum Trinkwasser, welche genauere Bestimmungen bei den Zuströmbereichen vorsieht. Diese Vorlage geht nun wieder an den Ständerat. Für die Trinkwasserinitiative hat der Städteverband die Stimmfreigabe beschlossen.

### Familienergänzende Betreuung

Der Ständerat will kein schweizweites Rahmengesetz für die familienergänzende Kinderbetreuung. Er lehnte eine entsprechende Motion ab. Die Vorlage verlangte, dass der Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden ein flächendeckendes und für die Eltern bezahlbares familienergänzendes Kinderbetreuungsangebot schafft. Der Städteverband bedauert diesen Ent-

scheid und befürchtet, dass die kommunale Ebene die Probleme bei der Zugänglichkeit für die familienergänzende Kinderbetreuung alleine lösen muss. Eine ähnliche Vorlage zur Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter, die in der Vergangenheit vom Ständerat zurückgewiesen worden war, wurde nicht erneut diskutiert.

### Motorenlärm

Der Bundesrat soll strengere Massnahmen gegen übermässigen Motorenlärm ergreifen. Der Nationalrat hat dazu eine Motion der Verkehrskommission angenommen. Dabei soll der Bundesrat neben höheren Bussen auch den Führerausweisentzug, die Beschlagnahme des Fahrzeugs sowie ein generelles Fahrverbot für besonders laute Fahrzeuge auf gewissen Strecken in Betracht ziehen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

### Wohnbauförderung

Das Parlament hat den Rahmenkredit für die Wohnbauförderung genehmigt. Nach dem Nationalrat ist auch der Ständerat dem Antrag des Bundesrats gefolgt, 1,7 Milliarden Franken für Bürgschaften bereitzustellen. Der Rahmenkredit gilt ab dem 1. Juli 2021 und bis zum 31. Dezember 2027. Der Kredit dient vor allem der Verbürgung von Anleihen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger. Die Mittel werden nur ausgegeben, wenn eine Bürgschaft eingelöst werden muss.

## Vernehmlassungen

### Gesetzesgrundlage: Elektronische Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben

Der vermehrte Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben steht auch bei den Städten und Gemeinden im Zentrum der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung und der Ausgestaltung des Austauschs mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Der SSV begrüsst die vorgeschlagene Rechtsgrundlage grundsätzlich. Mit der Bereitstellung bestimmter Basisdienste oder E-Services durch den Bund bieten sich für Städte und Gemeinden neue Möglichkeiten. Die Kostenaufteilung mit der kommunalen Ebene für die Nutzung der Basisdienste und E-

Services wird im aktuellen Gesetzesentwurf allerdings nicht genügend konkretisiert. Der Städteverband erachtet eine Kostenbeteiligung nur im Falle der freiwilligen Nutzung als angebracht. Mit der Verpflichtungskompetenz müsste auch die Finanzierung durch die verpflichtende Stelle einhergehen.

### Anpassungen notwendig bei den Ausführungsbestimmungen zur IV-Revision

Der SSV hatte die Stossrichtung der letzten IV-Revision unterstützt und insbesondere die Absicht, die Eingliederung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen zu verbessern. Entsprechend steht der SSV auch den Ausführungsbestimmungen positiv ge-

genüber. Vor allem bei der Berechnung des Invalideneinkommens, das für die Bemessung des Invaliditätsgrades verwendet wird, erachtet er es aber als zwingend, dass die Grundlagen verbessert werden, weil sonst von einem unrealistischen Einkommen ausgegangen wird. Zudem fordert der SSV, dass das Einigungsverfahren bei Gutachten angepasst wird. Schliesslich hat er die Vernehmlassung auch genutzt, um erneut darauf hinzuweisen, dass Verlagerungseffekte von der IV in die Sozialhilfe unbedingt zu beheben sind.

Weitere Vernehmlassungen unter [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## AKTUELL

## Städteverband im Fokus

## Zwei Stimmfreigaben für die Juni-Abstimmungen, ein Nein und ein Ja



Der Vorstand des Städteverbandes hat die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 13. Juni gefasst. Er beschloss

Stimmfreigabe für die Trinkwasserinitiative, welche die Menge an Pestiziden im Wasser durch Anreize über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft reduzieren will. Er lehnt die radikalere Pestizidinitiative ab, welche die Schadstoffe ganz verbieten will. Der SSV-Vorstand betonte aber die hohe Bedeutung eines qualitativ hochstehenden Trinkwassers. Für die Städte ist die Wasserqualität von besonderem Interesse, weil sie sehr oft für die Aufbereitung zuständig sind.

Der SSV gibt ebenso Stimmfreigabe für das Terrorismusgesetz aus. Unbestritten leistet das Gesetz einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in den Städten. Ein Fragezeichen steht hinter der Kompetenzverschiebung zum Bund: Dieser soll über polizeilich-präventive Massnahmen wie Hausarrest oder Ausreiseperrren entscheiden. Der Vorstand sagt ausserdem Ja zum Covid-19-Gesetz: Es unterstützt die Städte darin, soziale und wirtschaftlich negative Folgen der Pandemie abzufedern.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz unterstützt die Klimapolitik der Schweizer Städte

Bereits in der Dezembersitzung beschloss der Vorstand des Städteverbandes, das CO<sub>2</sub>-Gesetz zu unterstützen und die Ja-Parole herauszugeben. Das neue Gesetz unterstützt die Städte in ihrem Bestreben, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Um die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen. Dieser fordert nun, dass bis 2030 die CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 1990 halbiert werden.

Die Städte und die Agglomerationen sind vom Klimawandel besonders betroffen: Starkregen oder Hochwasser werden klimabedingt zunehmen, die zunehmende Hitze hat grössere Auswirkungen in urbanen Regionen. Entsprechend haben bereits heute viele Städte lokal Bestrebungen in die Wege geleitet, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Auf der Website des Städteverbandes ist

ausserdem ein Argumentarium zum CO<sub>2</sub>-Gesetz aufgeschaltet.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## SKK-Resolution: Für einen kulturellen Neustart



Angesichts der folgenschweren Krise des Kultursektors hat die Behördenkonferenz der Städtekonferenz Kultur (SKK) – die sich aus den politisch gewählten Kulturverantwortlichen der Städte zusammensetzt – am 11. März eine gemeinsame Erklärung verabschiedet.

29 städtische Kulturdirektorinnen und -direktoren machen sich namentlich dafür stark, dass die Kulturgelder 2021 vollumfänglich entrichtet werden können. Die Behördenkonferenz der SKK fordert zudem einen stärkeren Einbezug der Städte bei der Entwicklung von Hilfsmassnahmen für den Kultursektor und verbindliche mittel- und langfristige Szenarien für einen Neustart des Schweizer Kulturlebens. Die nachhaltige Entwicklung des Kultursektors nach der Pandemie hängt massgeblich davon ab, dass alle betroffenen Parteien am Verhandlungstisch Platz nehmen.

[Städtekonferenz Kultur \(www.skk-cvc.ch\)](http://www.skk-cvc.ch)

## Textreihe «Nach Corona: Stimmen aus den Städten»



Was treibt die Städte in der Corona-Krise um? Welche Erfahrungen machen sie, welchen Herausforderungen sehen sie sich gegenüber? Welche Perspektiven erkennen sie für ihre Bewohnerinnen und Bewohner und für all jene, die sie beleben, von den Gewerbetreibenden bis zu den Kulturschaffenden? Und welche Zukunft sehen sie für sich als Gemeinwesen und zentrale Orte?

Diesen Fragen gehen diverse Fachpersonen, Expertinnen und Experten aus Politik und Verwaltungen in der neuen Textreihe nach, die der Städteverband auf seiner Website publiziert. Jeden Mittwoch gibt es einen neuen, spannenden Artikel. Den Anfang machte Kurt Fluri, Präsident des Städteverbandes., mit dem Beitrag «Corona als Prüfung für die Städte und das Zusammenwirken der Staatsebenen».

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## Kurzmeldungen

## Faktenblatt: Thermische Netze

Der Schweizerische Städteverband hat zusammen mit dem Bundesamt für Energie und weiteren Partnern das Faktenblatt «Thermische Netze» publiziert. Thermische Netze sind vor dem Hintergrund des Einsatzes von grösseren Holz- und Geothermie-Kraftwerken, See-, Fluss- und Grundwassernutzungen im Fokus – vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien.

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

## Suisse Public 2021 abgesagt / Messeformat SMART findet statt

Die Suisse Public, die vom 8. bis am 11. Juni in Bern hätte stattfinden sollen, findet aufgrund der Corona-Pandemie nicht statt. Das neue Messeformat SMART mit dem Fokus auf das Thema Digitalisierung findet wie geplant am 9. und am 10. Juni online statt. Die Suisse Public, bei der der Städteverband Patronatspartner ist, ist eine wichtige Messe für den öffentlichen Sektor.

[www.suissepublic.ch](http://www.suissepublic.ch)

## «civicChallenge»: Innovationswettbewerb für den öffentlichen Dienst

Der Innovationswettbewerb «civicChallenge» geht in die 2. Runde: Bis Ende Mai können Projektideen eingereicht werden, die Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger schaffen und die öffentliche Verwaltung modernisieren. Innovation ist notwendig, auch im öffentlichen Sektor. Die aktuelle Corona-Krise macht die Dringlichkeit für kreative und innovative Antworten auf die Herausforderungen der öffentlichen Ämter in der Schweiz nur noch sichtbarer.

[www.civicchallenge.ch](http://www.civicchallenge.ch)

## Broschüre und Webinar zur Partizipation von Flüchtlingen

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hat eine neue Broschüre «Fokus Flüchtlingsgemeinschaften. Partizipationsbasierte Ansätze» veröffentlicht und veranstaltet dazu am 1. Juni ein Webinar zum Thema. Beides richtet sich an Fachpersonen im Asylbereich, die ermutigt werden sollen, Flüchtlinge in ihrer Arbeit einzubeziehen.

[www.unhcr.org](http://www.unhcr.org)

# Agenda

## Schweizerischer Städteverband SSV

- 9./10. Juni 2021** **Suisse Public SMART** Online  
Information: [www.suissepublic.ch](http://www.suissepublic.ch)
- 26./27. August 2021** **Städtetag 2021** in Thun  
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

## Sektionen und Arbeitsgruppen des Schweizerischen Städteverbandes

- 20. April 2021** **Frühlingsforum der Städtekonferenz Mobilität**  
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, [info@skm-cvm.ch](mailto:info@skm-cvm.ch)
- 11. Juni 2021** **Städteinitiative Sozialpolitik - Frühlingskonferenz**  
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, [info@staedteinitiative.ch](mailto:info@staedteinitiative.ch)

## Weitere Organisationen

- 7. April 2021** **PUSCH-Tagung «Öffentliche Beschaffung nachhaltig und rechtskonform gestalten»** in Bern (Patronat: SSV), Information: [www.pusch.ch](http://www.pusch.ch)
- 5. Mai 2021** **PUSCH-Tagung «Schulen und Kindergärten ökologisch und gesund bauen und sanieren»** in Bern (Patronat: SSV), Information: [www.pusch.ch](http://www.pusch.ch)
- 18. Mai 2021** **33. Forum Nachhaltige Entwicklung «leave no one behind»** Livestream  
Information: [www.are.admin.ch](http://www.are.admin.ch)
- 26. Mai 2021** **Schweizer Vorlesetag 2021**  
Information: [www.schweizervorlesetag.ch](http://www.schweizervorlesetag.ch)
- 27./28. Mai 2021** **Nationale Föderalismuskonferenz** in Basel  
Information: [www.kdk.ch](http://www.kdk.ch)
- 3. Juni 2021** **PUSCH-Tagung «Elektromobilität in der Gemeinde fördern – mit System»** in Dietikon (Patronat: SSV), Information: [www.pusch.ch](http://www.pusch.ch)
- 11. Juni 2021** **8. Energiekongress «Auf direktem Weg zur Klimaneutralität – aber wie?»** in St.Gallen (Patronat: SSV)  
Information: [www.energiekongress.ch](http://www.energiekongress.ch)
- 18. Juni 2021** **Solidarökonomie und ökologischer Landbau** in Bern  
Information: [www.unibe.ch](http://www.unibe.ch)
- 29./30. Juni 2021** **wiss eGovernment Forum 2021** in Bern (Patronat: SSV)  
Information: [www.e-gouvernement.forum.ch](http://www.e-gouvernement.forum.ch)
- 1./2. Juli 2021** **19. Nationale Photovoltaik-Tagung** in Bern  
Information: [www.swissolar.ch](http://www.swissolar.ch)
- 7. Juli 2021** **SIFG-Fachtagung zu «Erscheinungsformen von Jugendgewalt – Hintergründe und Präventionsmöglichkeiten»** in Zürich  
Information: [www.sfig.ch](http://www.sfig.ch)

## Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern  
 Redaktion: Renate Amstutz, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Franziska Ehrler, Michael Felber, Martin Flügel, Marlene Iseli, Olivier Keller, Maja Münstermann, Paul Schneeberger;  
 Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Foto Seite 1: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.  
 Telefon 031 356 32 32, [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)  
 Newsletter abonnieren: [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)